

Blog der Stadtratssitzung vom 09. Oktober 2014

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„Viel Wind um nichts!“ oder „Alles nur heiße Luft“, diese Sprichworte könnten zum Synonym für die dezentrale Gewinnung von erneuerbaren Energien werden, wenn 10H oder weitere „bahnbrechende“ Ideen aus dem Bermudadreieck um Horst Seehofer verwirklicht werden sollten. Ideen, die vor allem dazu geeignete sind, viele Millionen an Planungsleistungen zu verbrennen und viele tausende Stunden an teils ehrenamtlicher Tätigkeit auf dem Scheiterhaufen des Nach-dem-Maul-Redens zu verhöhnen.

Dabei bestreitet keiner, dass es beim Bau von Windkraftanlagen unbestritten Probleme gibt, sowohl bei der Akzeptanz, aber auch bei der Umsetzung dieses Jahrhundertprojektes. Probleme, die es gilt vor allem mit Transparenz und der Mitwirkung aller Betroffenen zu lösen. Aber dieses wichtige Zukunftsthema mit Hilfe eines solch lupenreinen Populismus, wie so oft, wieder nur auf die Kommunen abzuwälzen, das ist schon ein starkes Stück.

Wir in Amorbach, der Bürgermeister, die Verwaltung, die Freien Wähler im Stadtrat von Amorbach und die Energiegenossenschaft Untermain versuchen seit Jahren alles was in unserer Macht steht, um unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen gerecht zu werden, indem wir dezentrale Lösungen für eine möglichst autarke und nachhaltige Energiegewinnung suchen.

Wir versuchen dabei Alles, den Einfluss auf unsere Umwelt so gering als möglich zu halten, indem wir z.B. versuchen Standorte zu wählen an denen wir den Holzeinschlag so gering als nur irgend möglich halten können und an denen bestehende Wege genutzt werden können.

Wir versuchen Alles, transparente Konzepte zu erarbeiten und die wirtschaftlichsten Standorte zu finden. Standorte, die sich einem strengen Kriterienkatalog unterwerfen müssen. Kriterien, die sich aber nicht nur die Frage der Wirtschaftlichkeit, sondern gerade auch die Frage der umwelttechnischen Machbarkeit und der Vereinbarkeit mit den Interessen der Bevölkerung auf die Fahnen geschrieben haben.

Und offensichtlich war dieser Weg einer offenen und transparenten Kommunikation auch er Richtige. Der Amorbacher Raum kann insofern voller Stolz auf eine offene Diskussions- und Informationskultur blicken, die geprägt ist, von einer Atmosphäre der Toleranz und des Verstehens.

Insofern sagen wir von den Freien Wähler auch Danke! Dank vor allem an die Bürgerinnen und Bürger von Boxbrunn, die als Betroffene größtenteils das Ziel und den Wert unserer Bemühungen unterstützen. Dank aber auch an den Rest unserer Bevölkerung, die trotz des unbestrittenen Einflusses auf unsere Landschaft, das Für und Wider abzuschätzen wissen und äußerst sachlich diskutieren.

Damit sind wir schon weiter als Horst Seehofer, diesem 1,96 m großen Scheinriesen, diesem Epizentrum für tolle Ideen am Rande des Wahnsinns, der die Energiewende frei nach der Fragestellung gestaltet: „Bezahlbare und nachhaltige Stromversorgung für alle? Natürlich! Stromtrassen? Nein! Dann aber wenigstens dezentrale Energiegewinnung? Nein! Vielleicht punktuell gesetzte und wirtschaftliche Windräder? Nein! Oder eine Schwächung der Großkonzerne? Nein! Gibt es dann wenigstens eine sichere Gasversorgung aus Russland? Nein! Und wie sieht es mit gesundem Menschenverstand aus? Doppelt Nein!

Ihre Fraktion der Freien Wähler

Die gesamte Tagesordnung finden Sie wie immer zum downloaden unter
<http://www.buergerinfo-amorbach.de/infobi.php>

TOP 1**Bauantrag von Frau Bianca Hitzfeld, Beuchen 33, Fl.Nr. 12, auf Errichtung eines Anhängenhauses als Büro.**

Im Stadtrat wurde offen die Frage gestellt, wie man einen vom Landratsamt genehmigten Hühnerstall zum Büro umfunktionieren kann und warum man das tut. Diese eher ironische Frage konnte natürlich keiner beantworten, weshalb dem Antrag auch einstimmig entsprochen wurde.

TOP 2**Stellung eines Förderantrages für das kommunale Förderprogramm der Stadt Amorbach zur Durchführung privater Maßnahmen der städtebaulichen Sanierung.**

Bei diesem Punkt ging es darum einen Betrag in den Haushalt einzustellen und in gleicher Höhe bei der Regierung von Unterfranken zu melden bzw. zu beantragen, der dem prognostizierten Eigenanteil der Stadt Amorbach an möglichen förderfähigen Baumaßnahmen entspricht.

Dazu muss man jedoch sagen, dass die in den Vorjahren hierfür eingestellten Mittel kaum oder gar nicht abgerufen wurden. Laut Bernd dürfte das jedoch auch daran liegen, dass die tatsächlich in Aussicht gestellten Förderbeträge) aus diesem Topf oft nicht einmal einen niedrigen 4 stelligen Betrag erreichen (polemisch ausgedrückt, % von % von irgendwelchen heruntergerechneten, nicht rentierlichen Kosten. Ein „Bonbon“, das bei Grundstücksbesitzern aufgrund der tatsächlich bei denkmalgeschützten Gebäuden anfallenden Kosten, sowohl im Bereich des Renovierens, als auch im Bereich des Bauens wohl eher einen bitteren Beigeschmack hinterlässt.

Wir Freien Wähler setzen unsere Hoffnung insofern darauf, dass der kürzlich aufgenommene Verfassungsstatus des ländlichen Raumes nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, sondern das hieraus endlich ausreichend große Fördertöpfe zu Wiederbelebung unserer ländlichen Altstädte geschaffen werden, die es uns vor Ort ermöglichen, Förderprogramme für z.B. junge Familien auf die Beine zu stellen, aus denen zumindest die unrentierlichen Kosten aufgrund Denkmalschutzauflagen und Ähnlichem, komplett erstattet werden können. Das wäre ein wirklicher Anreiz.

In den Ballungsgebieten und Speckgürteln um München, Nürnberg, Augsburg und Würzburg herum weiß man nicht einmal mehr wie und wo man überhaupt noch bezahlbaren Wohnraum vorhalten soll. Bei uns dagegen sterben die Innenstädte aus.

Ein Umstand auf den der angebliche Flächenstaat Bayern wohl kaum stolz sein kann. Es sei denn die Regierung in München meint mit Flächenstaat mittlerweile nur noch die Fläche, die München braucht um mit Würzburg zusammenzuwachsen.

In der Hoffnung, dass aufgrund der Erweiterung unseres Sanierungsgebietes und durch neuerliche Bekanntmachung dieser Fördermöglichkeit im Amtsblatt künftig mehr Anträge gestellt werden, wurde einstimmig ein Betrag von 15.000 Euro beschlossen, der einen guten Kompromiss zwischen Haushaltskonsolidierung und Unterstützung von Investitionen darstellen dürfte.

TOP 3 (siehe auch Vorwort)**Sachstandsbericht zur Ermöglichung der Errichtung von Windkraftanlagen im Landschaftsschutzgebiet des Naturparks „Bayerischer Odenwald“**

Wie bereits im Vorwort dargelegt, wissen wir alle nicht, was letztendlich aus der Schnapsidee 10H wird. Einem im Übrigen wissenschaftlich untersuchten und bereits mehrfach widerlegten Bremsklotz, der aktuell rechtswidrig zu Verzögerungen bei den Planungen von Windkraftanlagen führt. Eben da es zur Zeit noch keine gesetzlichen Grundlage für 10 H gibt, sondern lediglich den Wind, der sich aus den Drehbewegungen oder soll man sagen Verrenkungen von Herrn Drehhofer zur Befriedigung von Einzelinteressen ergibt.

Wir wissen auch nicht, ob die Genehmigungsbehörden es sich einfach machen werden und einfach diese Entwicklung abwarten oder ob Sie eigenständig eine Entscheidung treffen, die da heißt: „Windkraftanlagen dürfen punktuell auch in Naturschutzgebieten errichtet werden, um mittels dezentraler Energiegewinnung und ohne eine Verspargelung der Landschaft einen wertvollen Beitrag für unser aller Zukunft leisten zu können.“

Dennoch waren wir nach dem Sachstandsbericht der Energiegenossenschaft Untermain gestern einstimmig der Meinung, dass es keinen Sinn macht die Hände in den Schoß zu legen und untätig auf den Ausgang von Herrn Seehofers Egotrip zu warten.

Nein, wir müssen weiter alles tun, um so viele Fakten als möglich zu schaffen. Nur so erhalten wir uns die zumindest die Möglichkeit, im Falle der Aufnahme einer 10H-Regelung ins Baugesetzbuch, bei gleichzeitiger Genehmigung des regionalen Planungsverbandes, trotzdem Windräder errichten zu können.

Insofern waren wir uns auch einig, weiter das Zonierungsverfahren voran zu treiben und parallel einen interkommunal abgestimmten Bebauungsplan auf den Weg zu bringen. Alle notwendigen Untersuchungen und Verfahren (z.B. artenschutzrechtliche Untersuchungen, Schallgutachten etc.) müssen insofern bis 2015 abgeschlossen sein, damit Bau und Betrieb bis spätestens Ende 2016 überhaupt noch möglich sind.

Am Rande bemerkt. Hessen – das ist übrigens das von uns oft belächelte, nachbarschaftlich geprägte Handkäs-Bundesland westlich von uns – ist da viel zukunftsfreudiger. Dort (Hainhaus) werden schon weitere 6 Windräder geplant, von welchen 3 schon genehmigt sind. Das heißt, dort ist man bereits in einem Stadium, durch welches wir schon jetzt gezwungen waren unsere eigentlichen, weitestgehend untersuchten Standorte weiter nach Osten Richtung Boxbrunn bzw. Sansenhof zu verlagern, um den Windertrag an den hessischen Standorten nicht durch die Windverwirbelungen etc. unserer Anlagen zu gefährden. Frei nach dem Motto: „Bis wir Hunger sagen, hat uns die hessische Seite, Dank Horst schon gevespert!“

TOP 4 und 5**Bekanntmachungen/Verschiedenes**

Der wichtigste Punkt unter diesen TOPs dürfte gestern sicher die Diskussion um die Linie 84 gewesen sein, die laut Gesetz eingestellt werden musste, da kein paralleler Busverkehr zu einer bestehenden Zugverbindung existieren darf. Gerade in der Bevölkerung hat diese Maßnahme jedoch für viel Unverständnis und Unmut gesorgt. Zumal der Begriff parallel, angesichts der Tatsache, dass der Bus z.B. am Krankenhaus gehalten hat, der Zug aus verständlichen Gründen jedoch nicht, gerade bei unsere Senioren nicht gerade an Verständlichkeit gewinnt. So weit so schlecht. Bürgermeister Peter Schmitt konnte jedoch insofern für etwas Entwarnung sorgen. Sicherlich auch aufgrund des immensen öffentlichen Druck, haben sowohl Herr Betz als Verantwortlicher für die Planung, als auch der Landrat Jens Marco Scherf positive Signale gesetzt, dass diese oder zumindest eine ähnliche Linie wieder zustande kommen soll. Dies gerade auch, um die infrastrukturelle Versorgung des Amorbacher Raums, mit seinen im Vergleich zum restliche Landkreis fast unglaublichen 17 Höhengemeinden und Satelliten, nicht noch mehr zu gefährden. Warten wir es ab!